

Gaias Rache kommt schneller als erwartet

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 18. Februar 2006, berichtete der frühere SPD-Abgeordnete und Umweltperte Dr. Peter Meyer in der BERLINER STIMME über die neuesten Thesen des britischen Umweltwissenschaftlers James Lovelock. Jetzt, ein Jahr später, finden sie Niederschlag im „Spiegel“ (Ausgabe 5, S.122).

Lovelock, Vorreiter der Umweltbewegung, hat lange Jahre für seine Theorie geworben, die Erde verfüge über ein selbstregulierendes, quasi lebendiges System, um die Umwelt aufrecht zu erhalten. Nach der griechischen Erdgöttin nannte er dieses System Gaia. In seinem Buch „Gaias Rache“, das Peter Meyer im vergangenen Jahr in der BERLINER STIMME vorstellte, sieht der heute 87jährige Chemiker dieses System allerdings durch die menschlichen Eingriffe in akuter Gefahr. Gaia hat nicht nur Fieber, wie der „Spiegel“ in der Überschrift zur Lovelock-Rezension beschönigend formuliert - Gaia ist totkrank. Dass die CO₂-Werte noch rechtzeitig gesenkt werden können, glaubt Lovelock nicht - weite Teile der Welt werden vom Klimawandel zerstört werden. Die Menschheit könne sich in der Katastrophe nur noch einzurichten versuchen. Im Jahr 2100, so fürchtet er, werde gerade noch eine Milliarde Menschen existieren. Seinem Buch, das jetzt auf Deutsch erscheint, hat er ein „Handbuch für Überlebende der globalen Erwärmung“ mitgegeben.

„Wir müssen uns klar darüber sein, mit welcher unglaublichen Geschwindigkeit die Veränderungen stattfinden. Jede Gemeinde, jede Nation sollte wissen, welchen Gebrauch sie am besten von ihren Bodenschätzen und sonstigen Hilfsquellen machen will, um ihre Zivilisation solange wie möglich aufrecht zu erhalten“, so Lovelock.

Eine der Konsequenzen, die der Vorreiter der Umweltbewegung zieht, ist die Flucht zurück in die CO₂-arme Kernenergie. Ein Ausweg, bei dem ihm viele Umweltperten nicht folgen, weil sie die für ebenso wenig beherrschbar halten. Mit seinen Prognosen allerdings hat Lovelock häufig Recht behalten. Und seine Einschätzung wurde von den internationalen Klimaforschern des IPCC nachhaltig untermauert.

U.H. □

James Lovelock, „Gaias Rache. Warum die Erde sich wehrt“, List Verlag, Februar 2007, 18 Euro

Klimaschutz:

Autokanzlerin nicht zu stoppen?

Prof. Holger Rogall: Länder jetzt in der Pflicht

Der erste Band des vierten Sachstandsberichts des IPCC, eines internationalen Klimaforschergremiums, liegt vor. Die Ergebnisse lassen keinen Zweifel, die globale Erwärmung und der Anstieg des Meeresspiegels haben sich beschleunigt, ebenso das Abschmelzen der Gletscher und Eiskappen. Gleichzeitig knickt die deutsche Kanzlerin vor der Autolobby ein, und sorgt für eine Abschwächung der europäischen Klimaschutzmaßnahmen. Damit Deutschland nicht vollständig seine Glaubwürdigkeit in der internationalen Klimaschutzpolitik verliert, müssen jetzt die Länder handeln und den Klimaschutz zum zentralen Politikfeld erklären.

Mit dem Bericht des IPCC gilt nunmehr als „gesicherte Erkenntnis“, dass menschliches Handeln - vorrangig durch den fossilen Brennstoffverbrauch - das Klima erwärmt hat. Die Folgen sind sichtbar und verstärken sich - ohne eine Halbierung der globalen CO₂-Emissionen - bis zum Ende des Jahrhunderts dramatisch: extreme Wetterereignisse (Hitzewellen, Dürren, heftige Niederschläge, die Intensität tropischer Stürme) und Anstieg des Meeresspiegels mit Überflutung von Inseln und vielen Küstenregionen. Wahrscheinlich wird sogar die für das grönländische Eisschild kritische Temperaturschwelle überschritten, was zu einem kompletten Abschmelzen führt und den Meeresspiegel um langfristige 7 Meter steigen lässt.

VOR DEN LOBBYS EINGEKNIKT

Noch vor kurzem wollte sich die Bundeskanzlerin als Klimaschützerin profilieren. Nun steht zu befürchten, dass deutsche Politiker weltweit als Heuchler angesehen werden, die immer wenn es ernst wird vor den Lobbys einknicken. Dabei verhehlen die besonders geringen Erfolge der CO₂-Minderung im Verkehrssektor das gesamte Klimaschutzziel Deutschlands und Europas. Die europäische Automobilindustrie verpflichtete sich 1999 die durchschnittlichen Verbräuche ihrer Fahrzeuge bis 2008 auf 140g CO₂/km zu senken, bis 2012 wurde die Prüfung der Senkung auf 120g zugesagt (ca. 5 l Benzin und 4,6 l Diesel pro 100 km). Tatsächlich emittieren die neuzugelassenen Pkw heute im Durchschnitt über 160 g. Dass auch diese Selbstverpflichtung gescheitert ist, verwundert die Experten nicht, sie haben immer den Geburtsfehler der Sanktionslosigkeit und sollten daher aus Sicht der Umweltökonomie prinzipiell

nicht mehr abgeschlossen werden. Trotz der gebrochenen Zusagen hat die Autolobby jetzt eine weitere Verwässerung der geplanten gesetzlichen Vorgaben erreicht (130g statt 120g im Jahr 2012).

Glauben Politiker, die vor den Lobbys einknicken, heute ernsthaft, dass die Zukunft der deutschen Wirtschaft in den ineffizienten fossilen Energietechniken liegt oder sind sie einfach zu schwach dem Druck standzuhalten? Demaskierend kommt das Argument einher, "große Autos verbrauchen nun mal mehr, da brauchen sie auch höhere Emissionsrechte", erstaunlich, dass in diesem Zusammenhang nicht auch ein doppeltes Stimmrecht bei Wahlen für die betuchte Personengruppe gefordert wird. Das Klima nimmt jedenfalls keine Rücksicht auf Statussymbole, hier ist allein entscheidend wie viel ein Haus oder Fahrzeug emittiert. Daher sollten jetzt zumindest die milliarden schweren Subventionen für die Anschaffung und den Betrieb von Dienstwagen auf die Höhe von "130g-Fahrzeugen" begrenzt werden.

VERANTWORTUNG DER LÄNDER

Jetzt müssen Bund, Länder und Gemeinden ihre Kompetenzen voll ausschöpfen und konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz und der Sicherheit der Energieversorgung einführen. Nach dem Bericht des IPCC und den Berechnungen von Sir Nicholas Stern über die exorbitanten Kosten eines unzureichenden Klimaschutzes können Gegenargumente jedenfalls nicht mehr ernst genommen werden.

Im Verkehrssektor sind die Kompetenzen der Länder begrenzt, hier ist die Förderung des Umweltverbundes (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV) und die Parkraumbewirtschaftung ein in Berlin erfolgreich praktiziertes Mittel. Im Wärmesektor haben die Länder einen stärkeren Spielraum: hier steht die Wärmeschutzsanierung aller Gebäude und die obligatorische Einführung erneuerbarer Energien auf der Agenda.

In Baden-Württemberg will die Landesregierung jetzt eine Baupflicht für thermische Solaranlagen einführen, eine Idee, die 1995 in Berlin geboren wurde und über Barcelona in das spanische Baurecht Einzug hielt. Was in einem CDU geführten Land möglich ist, sollte in einem rot-roten Land selbstverständlich sein.

Holger Rogall □

Die Kurzfassung zum IPCC Klimabericht: http://www.bmbf.de/pub/IPCC_kurzfassung.pdf